

Pressemitteilung

**KREISGESCHÄFTSSTELLE**

**Joël Girard**  
Kreisgeschäftsführer

Haagener Straße 14  
79539 Lörrach  
Tel: (07621) 16 52 68  
Fax: (07621) 16 05 202  
kv@gruene-loerrach.de

Lörrach, 10.07.2012

**Podiumsdiskussion der Kreisgrünen zu Wegen aus der Krise:  
Mehr Europa, mehr Solidarität, aber weniger Schuldensubvention  
für Banken**

Lörrach. Mit dem dritten und vorläufig letzten Teil ihrer Veranstaltungsreihe „Zur Zukunft Europas“, bot der Kreisverband der Grünen Lörrach nochmals ein besonderes Highlight. Mit der Podiumsdiskussion „Wege aus der Krise“ wurden die komplexen Sachverhalte der Europakrise für viele der über 50 Zuhörer erstmals in verständlichen Bildern nachvollziehbar gemacht und trotz unverblümter Analysen auch mögliche Wege aus ihr heraus glaubhaft aufgezeigt. Einen großen Anteil daran hatten die beiden Finanzexperten auf dem Podium: Prof. Dr. Christian Werner von der Dualen Hochschule Lörrach und Dr. Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion. Besonders interessant: Prof. Werner war vor seiner Professur als Kapitalanleger tätig, also auf der Seite „der Bösen“, wie er es selbst formulierte. Dass die Rollen in einem solch komplexen Sachverhalt wie der Finanzwelt leider nicht so klar zu verteilen sind, bekräftigten dann aber auch die Ausführungen des Politikers Schick: „Auch Finanzinvestoren entscheiden in letzter Instanz nur nach Risikoabwägungen.“ Überhaupt ermöglichte die differenzierende Gesprächsführung der Diskutanten viele mögliche Vorurteile und Missverständnisse abzubauen und zu klären -auch dank der publikumsnahen Moderation von Josha Frey, Landtagsabgeordneter der Fraktion GRÜNE.

Einig waren sich die beiden Finanzexperten darin, dass die bisherigen Lösungsversuche zu zögerlich verliefen, „noch kein Krisenmodus gefunden wurde“. Dr. Gerhard Schick brachte die Problematik der bisherigen Entscheidungen in Brüssel auf den Punkt: „Wir haben derzeit 17 gleichberechtigte Krisenmanager mit Vetorecht, kein Betrieb der Welt würde so einer echten Notlage begegnen.“ Einen Rückfall in nationale Hoheitsstrukturen schlossen aber sowohl Prof. Werner wie Dr. Schick aus: Das Risiko eines Euro-Zusammenbruchs sei mit über 3,3 Billionen Euro gigantisch. Die Lösung könne aus Augen der Grünen nicht weniger, sondern nur mehr Europa darstellen. Allerdings: hierfür braucht es endlich demokratisch legitimierte Strukturen wie einen europäischen Finanzminister, der für die Interessen Gesamteuropas eintritt – und nicht nur das Wohl der eigenen Nation auf Kosten der anderen im Blick hat. Es braucht also mehr Europa und mehr Zusammenhalt, um aus der Krise wieder heraus zu kommen. Dass dies gelingen kann, da zeigten sich sowohl der Finanzwirtschaftler Werner, sowie der studierte Volkswirt Schick ,trotz der gewaltigen Aufgabe, vor der Europa steht, zuversichtlich. „Sinnvolle Investitionsmög-

**Bankverbindung:**

Bank: Volksbank Stuttgart, Kontonummer: 363 263 004, Bankleitzahl: 600 90 100 [www.gruene-loerrach.de](http://www.gruene-loerrach.de)

lichkeiten gibt es eigentlich immer“, fasste Prof. Werner die Ausgangslage zusammen. Gerhard Schick hatte auch gleich einen Lösungsweg parat, bei dem vor allem die südlichen Krisenländer sparen und investieren sinnvoll verbinden könnten: „Gerade die Länder mit den meisten Sonnenstunden haben die höchsten Kosten bei den Energieimporten. Wir Grüne hätten da vielleicht eine Idee“, bemerkte er mit einem Schmunzeln im Hinblick auf die Ausbaufähigkeit der dortigen Solarenergie. In puncto „Südländer“ räumte er an dieser Stelle aber nochmals mit den oft geschürten Vorurteilen auf: „Auch wenn es gerade in Griechenland wirkliche Strukturdefizite gibt, was das Steuereintreiben betrifft, kann das Bild der guten und schlechten Staaten nicht Bestand haben. Auch in Deutschland wird nicht immer redlich gewirtschaftet und in Athen werden nicht zuletzt auch deutsche Banken gerettet“. Gerade was die Bankenrettung betrifft, warb er für eine echte Bankenunion und dafür, immer zweimal darauf zu sehen, wer das Geld überhaupt bekommt: „ In Amerika gibt es eine solche Bankenunion und sie handelt nach der Devise die Sparer müssen geschützt und der Steuerzahler so wenig wie möglich belastet werden. Die Kosten tragen dann die Institute über eine Umlage und auch die Aktionäre und Gläubiger werden herangezogen. Ein Modell auch für Deutschland und Europa, schließlich wollen wir Solidarität mit den Bedürftigen und nicht mit dem Bankensektor, das sollten wir auch nicht verwechseln“, sprach sich Gerhard Schick für echte Solidarität ohne Schuldensubvention aus.

Mit freundlichen Grüßen,

Joel Girard